

Neoliberale Think-Tanks in Deutschland

STEPHAN LINDNER

Das erste Mal wurde eine breitere Öffentlichkeit auf neoliberale Think-Tanks aufmerksam, als bekannt wurde, dass sie großen Anteil an den Wahlsiegen Margret Thatchers und Ronald Reagens hatten. Weniger bekannt ist, dass diese Institute Teil eines weltumspannenden Netzwerks sind, das auch in Deutschland versucht, Einfluss auf die Politik zu nehmen. Sie bereiten damit der Macht der Berater den Boden.

DIE MONT PÉLERIN SOCIETY

Das organisatorische Rückrat der ›Neoliberalen Internationale‹ bildet die Mont Pèlerin Society (MPS), ein Intellektuellen-Netzwerk, das 1947 von Friedrich Hayek und 38 Gleichgesinnten auf dem Mont Pèlerin in der Schweiz gegründet wurde.¹ Obwohl es sich bei dieser Gesellschaft um einen elitären Club handelt, in den nur aufgenommen wird, wer eine Empfehlung des Vorstands vorweisen kann, hat sie heute über 500 Mitglieder und ist mit einem Netz von mehr als 70 Think-Tanks weltweit verwoben. Zur Mitgliedschaft gehören nicht nur führende Persönlichkeiten aus der neoliberalen Think-Tank-Szene, sondern auch ranghohe Politiker wie der EU-Kommissar für den Binnenmarkt, Bolkestein, oder der tschechische Staatspräsident Vaclav Klaus.

Ziel der MPS ist die Durchsetzung neoliberaler Hegemonie. Da-

bei ist auch unter den verschiedenen Anhängern strittig, was unter Neoliberalismus genau zu verstehen ist. Richtiger wäre, von Neoliberalismen zu sprechen, da es zwischen einzelnen neoliberalen Schulen durchaus Unterschiede gibt. Gemeinsames Anliegen ist die Schaffung freier Märkte und eine Festlegung der Rolle des Staates darauf, deren Funktionsweise zu sichern. Gleichzeitig verbindet sie ein gemeinsames Feindbild gegen jede Art von ›Kollektivismus‹, worunter nicht nur Kommunismus und Nationalsozialismus zu verstehen ist, sondern auch alle Arten von Sozialismus bis hin zu Keynesianismus und Sozialdemokratie.

Als Hayek die MPS gründete, war der Wirtschaftsliberalismus weltweit in der Defensive. Nach der großen Weltwirtschaftskrise und dem Zweiten Weltkrieg war die freie Marktwirtschaft gründlich diskreditiert. Hayek sah seine Aufgabe darin, dies rückgängig zu machen. Dabei war ihm von Anfang an klar, dass es sich um ein Projekt handeln würde, das mehrere Jahrzehnte in Anspruch nimmt. Der MPS kam dabei die Aufgabe zu, die in aller Welt versprengten Wirtschaftsliberalen zu sammeln. Hayek ließ sich von dem Gedanken leiten, dass man zuerst die Intellektuellen überzeugen müsse, dann würden die Politiker irgendwann folgen.

Hilfe bekam Hayek u.a. von Anthony Fischer, einem neureichen Unternehmer, der sein Geld mit Hühnchenfarmen verdient hatte und zu den Gründungsmitgliedern der MPS gehörte. Durch seine finanzielle Unterstützung kam es 1962 in Großbritannien zur Gründung des Institute of Economic Affairs, von dem Margret Thatcher nach ihrem Wahlsieg sagte, dass sie ohne dessen jahrelange intellektuelle Vorarbeit kaum Premierministerin geworden wäre. 1981 gründete Fischer mit der Atlas Foundation eine Stiftung, deren Hauptaufgabe es ist, weltweit die Gründung weiterer Think-Tanks zu unterstützen.

NEOLIBERALE BLÜTEZEIT NACH DEM ZWEITEN WELTKRIEG

Lange bevor sich der Neoliberalismus in Großbritannien durchsetzen konnte, erlebte er nach dem Zweiten Weltkrieg für einige Jahre in Westdeutschland eine Blütephase. Möglich wurde das durch das Zusammentreffen verschiedenster Faktoren.

Zum einen konnte während der gesamten NS-Zeit an der Freiburger Universität rund um Walter Eucken eine Gruppe wirtschaftsliberaler Ökonomen frei an ihren später als Ordoliberalismus bezeichneten Konzepten arbeiten. Dabei standen diese Ökonomen dem NS-Regime weit weniger kritisch gegenüber als später behauptet wurde. Euckens wichtiges Werk »Die Grundlagen der Nationalökonomie« erschien bereits 1939. Darin vertrat er die Ansicht, dass es keinen zwangsläufigen Verlauf von Konjunkturen gibt, sondern Richtung und Art der Investitionen vor allem von der Wirtschaftsordnung abhängen. Daraus ergab sich für ihn, dass man Rezessionen nicht wie bei Keynes durch eine antizyklische Wirtschaftspolitik bekämpfen dürfe, sondern durch eine kluge Ordnungspolitik. Breiten Raum nimmt bei ihm die Konzeption einer Wettbewerbsordnung ein, durch die ein starker Staat mithilfe des Kartellrechts die Entstehung von Mono- und Oligopolen verhindert. Ziel ist ein vollständiger Wettbewerb. Durch die Möglichkeit, in Nazi-Deutschland ungehindert zu arbeiten, waren die Ordoliberalen nach Ende des Zweiten Weltkriegs nicht nur im Besitz eines ausgearbeiteten Wirtschaftskonzepts, sondern verfügten auch über die notwendigen Kontakte, es zu propagieren.

Ein zweiter wichtiger Faktor war Ludwig Erhard. Während die Freiburger Schule noch ohne große politische Resonanz an ihrer Konzeption des Ordoliberalismus arbeitete, betätigte Erhard sich am Institut für Wirtschaftsbeobachtung der deutschen Fertigware. Dabei handelte es sich um ein an der Handelshochschule Nürnberg angesiedeltes Institut, das sich vor allem mit Konsumforschung befasste. 1939 lernte er in Wien Josef Brückel kennen, den damaligen Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich. Dieser war von Erhard so angetan, dass er ihn zum Sonderberater für Fragen der Konsumgüterindustrie in der Ostmark ernannte. Hochzufrieden mit seiner Arbeit konsultierte Brückel ihn auch noch ein Jahr später, als er Chef der Zivilverwaltung Lothringens geworden war und es um die ökonomische Einverleibung und Germanisierung der lothringischen Industrie ging. Außerdem verfasste Erhard Gutachten »zur ökonomischen Einverleibung des neuen deutschen Ost-raums, wobei er und das Institut sich mit bevölkerungsökonomisch

begründeten Sanierungs- und Produktivierungs-Vorschlägen besonders hervortaten«. ²

Als 1942 am Institut ein Direktorenposten vakant war, wurde Erhard bei der Nachfolge übergangen. Man befürchtete, dass aufgrund der praxisbezogenen Arbeiten Erhards die theoretischen Fragestellungen in den Hintergrund treten. Erhard verließ das Institut und gründete ein eigenes Wirtschaftsberatungsbüro, das er schnell zum Institut für Industrieforschung ausbaute. Tatkräftige Unterstützung bekam er von der Reichsgruppe Industrie, der Vorgängerorganisation des BDI. Dessen Geschäftsführer Karl Gurth war Erhards Schwager. Aufgrund seiner vorherigen Tätigkeit kannte er viele Großindustrielle persönlich, so Philipp Reemtsma und Wilhelm Rudolf Mann, Vorstandsmitglied der IG Farben. Zu seinen Aufträgen gehörte damals die Begutachtung der Effizienz neugeschaffener Produktionsringe und -ausschüsse für das Reichsministerium für Bewaffnung und Munition.

Als im Winter 1942/43 mit der verlorenen Schlacht um Stalingrad die Kriegswende einsetzte, dümmerte auch der deutschen Großindustrie, dass der Krieg für Deutschland verloren gehen könnte. Erhard wurde mit einer Studie beauftragt, wie man die enormen Kriegsgewinne aus den staatlichen Rüstungsaufträgen in die Nachkriegszeit retten könne. Dabei waren vielen Industriellen die revolutionären Unruhen der ersten Jahre nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg noch in guter Erinnerung. Im März 1944 legte er der Reichsgruppe Industrie das Ergebnis seiner Arbeit vor. In der Schrift »Kriegskonsolidierung und Schuldenfinanzierung« schlug er vor, den enormen Kaufkraftüberhang, der sich aus Mangel an Konsummöglichkeiten bei den deutschen Sparern angehäuft hatte, in staatliche Zwangsanleihen zu verwandeln. Gleichzeitig sollte die deutsche Industrie mit großzügigen Krediten unterstützt werden, um den Wiederaufbau und die Produktionsumstellung auf eine Friedenswirtschaft zu fördern.

Der Ordoliberalismus der Freiburger und die pragmatischen Überlegungen Erhards wiesen beachtliche Übereinstimmungen auf. Beide setzten zur Überwindung der wirtschaftlichen Kriegsfolgen auf eine angebotsorientierte Politik, die einseitig die Bevölkerung belastete und die Industrie unterstützte.

Als dritter Faktor ist von Belang, dass es mit Hayek, Rüstow und

Röpke bedeutende Neoliberale gab, die die NS-Zeit im Exil verbracht hatten. Damit waren sie über jeden Verdacht einer Kompromittierung durch das NS-Regime erhaben. So konnten sie nach Kriegsende für die nötige Reputation ihrer deutschen Gesinnungsgenossen bei den Alliierten und der internationalen Öffentlichkeit sorgen. »Erst das Zusammenwirken dieser drei Faktoren im Sinne einer arbeitsteiligen Implementierungsstrategie erklärt den beträchtlichen Einfluss der ordoliberalen Strömung auf die ursprüngliche Gestaltung der Wirtschafts- und Sozialordnung Westdeutschlands.«³

Auch nach dem Krieg ließ Erhard sein untrügliches Gespür für politische Stimmungen nicht im Stich. Unmittelbar nach Kriegsende diente er seine Kompetenz in Wirtschaftsfragen den Amerikanern an. Kurze Zeit später wurde er auf ihren Vorschlag zum Bayerischen Staatsminister für Handel und Gewerbe ernannt. Seine Amtszeit endete schon im darauffolgenden Jahr mit einem Eklat. Es stellte sich heraus, dass von seinem Mitarbeiterstab 13 Personen, davon 10 leitende Beamte, erheblich durch den Nationalsozialismus belastet waren. Sie fielen unter das Entnazifizierungsgesetz und mussten entlassen werden. Erhard blieb nur noch der Rücktritt. Anschließend wurde ein Untersuchungsausschuss im Landtag eingerichtet. Als dessen Ergebnis bezeichnete ein CSU-Abgeordneter Erhards Amtszeit als »größten Korruptionsskandal der neueren Zeit«, nachdem er die Bevorzugung bayerischer Unternehmerkreise im Einzelnen in einer langen Namensliste aufgeführt hatte.⁴ Sechs Mitarbeiter Erhards waren ehemalige Mitglieder der Reichsgruppe Industrie.

Auch dieses Mal hatte Erhard vorgesorgt. Während seiner Amtszeit lud er amerikanische Offiziere Weihnachten 1945 in das Deutsche Theater in München ein und stellte ihnen am Wendelstein ein Wochenendhaus zur Verfügung. Ein Jahr nach seinem Rücktritt wurde er zum Vorsitzenden der Sonderstelle Geld und Kredit der Bizone und im März 1948 zum Leiter der Verwaltung Wirtschaft ernannt. Mit dieser Position war er später für das Amt des Wirtschaftsministers im Kabinett Adenauer geradezu prädestiniert. Dabei musste er mit den Freiburger Ordoliberalen in Berührung kommen, die sich nach dem Krieg wie Erhard um Kontakte zu den wirtschaftspolitischen Entscheidungsträgern bemühten. Die Freiburger kannten Erhards Schrift zur Schuldenfrage bereits zu Kriegszeiten und waren schon damals

von seinen Vorschlägen angetan. Die von ihm 1948 durchgeführte Währungsreform ist im Prinzip eine Anpassung seiner damaligen Pläne an die Situation im besetzten Nachkriegsdeutschland.

Wenig später wurden sowohl Erhard als auch Eucken und viele seiner ordoliberalen Mitstreiter Mitglieder in der von Hayek mit Rüstow und Röpke gegründeten MPS. Auch Erhards späterer Staatssekretär Alfred Müller-Armack, der als der eigentliche Schöpfer der Sozialen Marktwirtschaft auf Grundlage der ordoliberalen Lehre gilt, wurde in die MPS aufgenommen.

Die Ordoliberalen stellten nach Gründung der Bundesrepublik den ersten wissenschaftlichen Beirat im Wirtschaftsministerium, wo sich die dominante Stellung der Neoliberalen bis heute erhalten hat. Sie konnten damals die Politik Erhards entscheidend beeinflussen. »Ihre eigentliche historische Bedeutung lag somit in der Funktion als personelles Reservoir marktwirtschaftlich orientierter Wirtschaftswissenschaftler, in der Existenz eines gewachsenen Netzwerks, das für die unübersichtliche Nachkriegszeit erste Denkanstöße und Manpower bereithielt.«⁵

DIE THINK-TANKS IN DEN 50ER UND 60ER JAHREN

Die Umsetzung ordoliberalen Theorien in die Praxis erwies sich jedoch von Anfang an als schwierig. Insbesondere mit der Wiedereinführung von Demokratie ließ sich die ordoliberale Prämisse eines starken Staates⁶ immer weniger aufrechterhalten. Auch das Ideal einer machtfreien Marktwirtschaft mit starker Konkurrenz erwies sich nicht als sonderlich realitätstauglich. Das wichtigste Erbe aus der neoliberalen Anfangszeit ist die relativ unabhängige Stellung der Deutschen Bundesbank, nach deren Vorbild auch die Europäische Zentralbank geschaffen wurde. Aus der neoliberalen Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft entwickelte sich unter dem Einfluss der Gewerkschaften allmählich ein Sozialstaat, wie ihn heute viele fälschlicherweise mit diesem Begriff in Verbindung bringen. Dies stieß auf den erbitterten Widerstand der Neoliberalen. Aber obwohl es mit Erhard einen Wirtschaftsminister gab, der sich mittlerweile große Teile ihrer Lehre

zu eigen gemacht hatte, konnte auch er diese Politik immer weniger durchsetzen.

Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft

Nach dem Krieg kam es zu einer bemerkenswerten Annäherung zwischen den Positionen der Neoliberalen und denen von Otto Lautenbach. Dieser war Leiter des Freiwirtschaftsbundes, einer Vereinigung, die der Lehre Silvio Gesells folgend den Zins für die Wurzel allen Übels hielt. Nach dem Krieg vertrat Lautenbach die Auffassung, dass der Zins nicht mehr das Hauptproblem sei. Die Zeiten hätten sich geändert. Stattdessen schloss er sich der neoliberalen Kritik an, dass eine immer stärker ausufernde Staatstätigkeit im Kollektivismus und einem totalen Staat enden müsse. Schließlich wurden die Gegensätze zwischen Lautenbach und den anderen Freiwirtschaftlern unüberbrückbar und Lautenbach verließ gemeinsam mit seinen Anhängern den Freiwirtschaftsbund. Am 23. Januar 1953 gründete er in Heidelberg die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM), »deren Hauptziel die Vollendung der Sozialen Marktwirtschaft auf allen Gebieten ist, bis sie als Ordnungsbild in allen Köpfen lebt und als selbstverständlich empfunden wird.«⁷ Später zog die ASM nach Tübingen um, wo sie noch heute ihren Sitz hat. Lautenbach wurde ihr erster Vorsitzender. Als er im darauffolgenden Jahr starb, wurde Rüstow sein Nachfolger, später bis zu seinem Tod Ehrenvorsitzender.

Auf der Jahrestagung 1955 wurde eine zielklare Wirtschafts- und Sozialpolitik gefordert. Alle Fremdkörper, mit denen das Wirtschaftssystem belastet sei, wie z.B. Steuergesetzgebung und Sozialpolitik, müssten marktkonform ausgestaltet sein. Als die Bundesrepublik wegen einer in Folge von Weltwirtschaftskrise und Weltkrieg geschwundenen Kapitaldecke das Rentensystem auf das Umlageverfahren umstellte, griff man das Thema Rente auf.

Heute ist die ASM eng an die Universität Tübingen angebunden. Ihr Büro befindet sich in der Nähe der volkswirtschaftlichen Fakultät, an der ihr derzeitiger Vorsitzender, Professor Starbatty, einen Lehrstuhl für Volkswirtschaft innehat. Gemeinsam mit der Universität hat man ein Makroplanspiel entwickelt, das man in Kooperation mit dem

baden-württembergischen Kultusministerium für den Wirtschaftsunterricht an Schulen anbietet. Seit 1964 wird die Alexander Rüstow-Plakette »an Persönlichkeiten verliehen, die sich durch ihr privates und berufliches Wirken um die Stärkung und Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft verdient gemacht haben.«⁸ Zu den Preisträgern gehören der damalige sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf und der ehemalige Bundesbankpräsident Helmut Schlesinger. Außerdem veranstaltet man regelmäßig Böhm-Vorträge, Röpke-Gespräche und Müller-Armack-Symposien, Letztere auch zusammen mit anderen Think-Tanks in den EU-Beitrittsstaaten Mittel- und Osteuropas.

Walter-Eucken-Institut

Trotz des eifrigen Strebens der in der ASM zusammengeschlossenen Mitglieder konnte auch diese Einrichtung alleine keine Kehrtwende in der deutschen Politik bewirken. Auf starken öffentlichen Druck, u.a. von Gewerkschaften, war Erhard immer mehr gezwungen, in seiner Politik von den neoliberalen Grundsätzen des Ordoliberalismus abzuweichen. Deshalb wurden schon bald nach der Gründung der ASM die neoliberalen Vordenker selbst aktiv.

Mit tatkräftiger Unterstützung aus dem von Erhard geleiteten Bundeswirtschaftsministerium wurde am 11. Januar 1954, vier Jahre nach dem Tod Euckens, in Freiburg das Walter Eucken Institut (WEI) gegründet. Auch dieses Institut bemühte sich wie die ASM, den ordoliberalen Grundsätzen in der Politik stärkeres Gewicht zu verschaffen. Interessant an seiner Geschichte ist, dass die Gegensätze zwischen den Ordoliberalen und Hayek niemals so unüberbrückbar waren wie heute vielfach behauptet.

1962 wurde Hayek selbst auf den ehemaligen Lehrstuhl Euckens an der Freiburger Universität berufen und übernahm ein Jahr später auch den Vorsitz des WEI, den er bis 1970 ausfüllte. Danach war er bis zu seinem Tod Ehrenpräsident. Trotz einiger Meinungsverschiedenheiten im Detail hat es dabei niemals einen Grundsatzkonflikt zwischen Hayek und Erhard um die Grundkonzeption der Sozialen Marktwirtschaft gegeben. Die Hauptkritik Hayeks richtete sich vielmehr gegen den Zusatz »sozial« bei Sozialer Marktwirtschaft. Was für

Erhard eine Verkaufsformel war, bezeichnete Hayek als Wiesel-Wort. Das Wiesel ist ein Tier, das mit seinen spitzen Zähnen Eier anbohrt und ihren Inhalt herausragt, wobei die Schale, von dem Loch abgesehen, unbeschädigt bleibt. Hayek befürchtete, dass sich der Zusatz ›sozial‹ als Einfallstor für wohlfahrtsstaatliche Leistungen erweisen könnte und die Marktwirtschaft so ihrer grundlegenden Prinzipien beraubt würde.

Ganz im Gegensatz zur neoliberalen Lehre erhält das Institut bis heute den größten Teil seiner Haushaltsmittel nicht aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen, sondern durch Fördermittel des Bundeswirtschaftsministeriums und des Landes Baden-Württemberg. Auch die Bundesbank beteiligt sich an der Finanzierung.⁹

Ludwig-Erhard-Stiftung

Das weitere Voranschreiten des eher keynesianisch geprägten Zeitgeists konnte auch diese Institutsgründung nicht aufhalten. 1963 wurde Erhard sogar Bundeskanzler, musste aber schon 1966 zurücktreten, als er sich durch öffentlichen Druck zu Steuererhöhungen genötigt sah und daraufhin die FDP die Koalition aufkündigte.

Im darauf folgenden Jahr gründete er in Bonn die Ludwig-Erhard-Stiftung (LES), um sich weiter einen gewissen Einfluss auf die Bonner Politik zu sichern. In keiner anderen mir bekannten neoliberalen Einrichtung sind so viele aktive und ehemalige Politiker Mitglied wie hier. Dazu gehören der bayerische Finanzminister Kurt Faltlhauser, der ehemalige FDP-Vorsitzende Otto Graf Lambsdorff, der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Friedrich Merz, der ehemalige grüne Bundestagsabgeordnete Oswald Metzger, die CDU-Abgeordnete Katharina Reiche, der ehemalige hessische Ministerpräsident Walter Wallmann, der ehemalige Bundesfinanzminister Theo Waigel und der Vorsitzende der Gewerkschaft IG BCE, Hubertus Schmoldt. Helmut Kohl ist Ehrenvorsitzender.¹⁰ Den größten Teil der Mitgliedschaft stellen neoliberale Wirtschaftswissenschaftler, die sich auch auf den Mitgliedslisten und in den wissenschaftlichen Beiräten anderer Think-Tanks wiederfinden.

Nach außen versucht die Stiftung das neoliberale Erbe durch die Organisation zahlreicher Veranstaltungen zu bewahren, auf denen die

Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft propagiert werden. Alljährlich wird die Ludwig Erhard-Medaille »für Verdienste um die Soziale Marktwirtschaft«¹¹ verliehen. Zusätzlich gibt es Preise für Wirtschaftspublizistik und Spitzenleistungen im Wettbewerb. Gleichzeitig bemüht sich die Stiftung, dass keine Details aus der NS-Zeit den Mythos beflecken, der mit dem Namen Erhard verbunden ist. Sein Ausscheiden aus dem Institut für Konsumforschung und seine Studie zur Finanzierung der Kriegsschulden für den Reichsbund der Industrie werden als Belege dafür dargestellt, dass er in der NS-Zeit Schwierigkeiten bekam, weil er sich während des Kriegs mit der Konzeption einer Friedensordnung beschäftigte.¹²

THINK-TANKS SEIT DEN 80ER JAHREN

Die großen Erfolge der Neoliberalen in Großbritannien und den USA inspirierten auch in Deutschland zur Gründung neuer Think-Tanks. Die dortigen Institute waren wesentlich größer und arbeiteten weniger wissenschaftlich, sondern stärker auf eine breite Öffentlichkeit ausgerichtet. 1982, während der Endzeit der sozialliberalen Koalition, entstanden nach diesen Vorbildern das Frankfurter Institut und der Kronberger Kreis. Beide vereinigten sich kurze Zeit später, der Kronberger Kreis wurde der wissenschaftliche Beirat des Instituts. Man hoffte so, nach dem sich abzeichnenden Regierungswechsel ähnlich starken Einfluss wie die angelsächsischen Mitstreiter ausüben zu können. Diese Gründungen erfolgten dafür allerdings zu spät. Helmut Kohl war nicht wie Margret Thatcher ein bekennender Neoliberaler. In Großbritannien bestand mit dem Center for Policy Studies bereits seit 1974 ein Think-Tank, der sich zielgerichtet darauf konzentrierte, Margret Thatcher und ihr Programm in der Konservativen Partei mehrheitsfähig zu machen.¹³ Anschließend bildete er mit seinen zahlreichen Mitgliedern ein wichtiges Personalreservoir für die Regierungsmannschaft. So blieb der Einfluss der Neoliberalen während der Kanzlerschaft Kohls zwar weiterhin spürbar, aber begrenzt.

Auch am Walter Eucken-Institut führten die angelsächsischen Erfahrungen zu einer veränderten Arbeitsweise. Im November 1991 wurde Lüder Gerken Institutsleiter. Er war nicht wie sein Vorgänger

Hayek gleichzeitig Professor an der Freiburger Universität. Er richtete das Institut auf eine öffentlichkeitswirksamere Arbeitsweise aus. Die vom Land Baden-Württemberg und vom Bundeswirtschaftsministerium gezahlten Fördergelder waren eigentlich an eine wissenschaftliche Arbeitsweise gebunden. Als der Landesrechnungshof 1999 die Mittelverwendung prüfte, fand er heraus, dass Gerken neben seiner regulären Bezahlung nach BAT für 38,5 Wochenstunden noch einmal Einkünfte in gleicher Höhe bezog für Überstunden, die er nach eigenen Angaben am Institut leistete. Zusätzlich zu dieser Arbeitslast von durchschnittlich 75 Wochenstunden arbeitete er erfolgreich an seiner Habilitation.¹⁴ Außerdem fand der Rechnungshof eine nicht genehmigte Bildung von Rücklagen.¹⁵

Bei vielen anderen Einrichtungen hätten solche Unregelmäßigkeiten zum Wegfall der Förderungen geführt und zur Aufforderung entsprechender Rückzahlungen. Aber nicht beim Eucken-Institut. Hier hielt es der Rechnungshof »für vertretbar, das Landesinteresse an einer Förderung z.Z. zu bejahen«. ¹⁶ Als Nächstes beauftragte das zuständige Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst eine Kommission, »eine Evaluierung des WEI vorzunehmen und hierbei zum einen die bisherigen Leistungen des WEI zu bewerten und zum anderen Perspektiven für die künftige Arbeit des WEI aufzuzeigen«. ¹⁷ Bezogen auf die wissenschaftliche Qualität der Forschungsleistungen wurde festgestellt, dass »deren wissenschaftliche Qualität nicht ganz befriedigen [kann]«. ¹⁸ Voll des Lobes war man hingegen für die Öffentlichkeitsarbeit. Vor allem wurden die zahlreichen Tagungen »mit hochkarätigen Wissenschaftlern und prominenten Rednern aus vielen Bereichen des öffentlichen Lebens« ¹⁹ erwähnt.

Tatsächlich nahmen damals nicht nur zahlreiche MPS-Mitglieder, sondern auch Bundeskanzler Schröder und Finanzminister Eichel an Veranstaltungen teil. »Nicht nur hat das WEI damit erreicht, das Gedankengut der ordoliberalen Schule ins allgemeine Bewusstsein zu rücken ... das WEI hat sich damit in der Region fest verankert. Dies zeigt sich unter anderem an dem nicht unbeträchtlichen Spendenaufkommen aus der regionalen Wirtschaft.« ²⁰ Um die Weiterführung des WEI zu garantieren und die Defizite im wissenschaftlichen Bereich zu beheben, schlug die Kommission eine stärkere Anbindung an die Freiburger Universität vor. Hier solle eine »Walter Eucken-Profes-

sur« eingerichtet werden, dessen Lehrstuhlinhaber mit der Leitung des WEI beauftragt werden solle bei gleichzeitiger Reduzierung seiner Lehrverpflichtungen. Zur Finanzierung empfahl die Kommission dem Land, die Fördermittel um 30 Prozent aufzustocken.²¹ Die Anbindung an die Freiburger Universität wurde mittlerweile realisiert und das WEI wird mit Professor Viktor Vanberg²² wieder von einem MPS-Mitglied geleitet.

Auch der bisherige Leiter Lüder Gerken musste nicht lange nach einer neuen Stelle Ausschau halten. Er wurde Vorstand des Frankfurter Instituts. In der Zwischenzeit hat es sich in »Stiftung Marktwirtschaft« umbenannt und ist nach Berlin gezogen. Hier ist man nach eigenen Aussagen von staatlichen Geldern unabhängig. Vorsitzender eines zur Stiftung gehörenden Kuratoriums ist Nikolaus Schweickart, der auch Vorstandsvorsitzender des Altana-Konzerns ist, der sich größtenteils im Besitz der Familie Quandt befindet. Eine enge Zusammenarbeit besteht mit der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, die von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie getragen wird.

Beim nächsten Regierungswechsel will das Institut anscheinend besser vorbereitet sein als damals bei Helmut Kohl. Im Jahr 2002 führte man gemeinsam mit der hessischen Landesregierung eine Veranstaltung zum Thema Arbeitsmarktpolitik durch, auf der sich der hessische Ministerpräsident Roland Koch für ein sog. OFFENSIV-Gesetz nach Vorbild des US-Bundesstaats Wisconsin stark machen durfte.²³ 2004 ist auf Gerken Michael Eilfort als Vorstand gefolgt. Er war zuvor Büroleiter beim stellvertretenden CDU-Fraktionsvorsitzenden Friedrich Merz.

DEN MYTHOS LUDWIG ERHARD DEKONSTRUIEREN

Skandalös ist an den neoliberalen Think-Tanks nicht ihre Existenz. Ähnliche Netzwerke existieren auch in anderen politischen Spektren. Problematisch ist allerdings ihr oft nach außen bekundeter Anspruch, wertneutral über allen Interessen zu stehen, sowie die hegemoniale Stellung, die sie mittlerweile erreicht haben. Viel dazu beigetragen hat der von ihnen mitentwickelte Mythos über Ludwig Erhard und die

Anfangsjahre der Bundesrepublik. Daraus ergibt sich die Aufgabe, diesen Mythos zu dekonstruieren und das vielfältige Beziehungsgeflecht offenzulegen, das zwischen Politik, Medien, Wirtschaft und den Wirtschaftswissenschaften besteht. Letztere sind in Deutschland so stark vom Neoliberalismus dominiert wie in keinem anderen Land der Welt. Diese Beziehungen, die der Macht der Berater den Weg ebnen, sind allerdings keine Einbahnstraßen. Oft sind, wie gezeigt wurde, Politiker selbst die Lobby, die dafür sorgt, dass die für die Durchsetzung einer bestimmten Politik hilfreiche Infrastruktur geschaffen wird.

INTERNETSEITEN DER ERWÄHNTEN THINK-TANKS

Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft: <http://www.asm-ev.de>

Atlas Foundation: <http://www.atlasusa.org>

Centre for Policy Studies: <http://www.cps.org.uk>

Institute of Economic Affairs: <http://www.iea.org.uk>

Ludwig-Erhard-Stiftung: <http://www.ludwig-erhard-stiftung.de>

Mont Pèlerin Society: <http://www.montpelerin.org>

Stiftung Marktwirtschaft: <http://www.stiftung-marktwirtschaft.de>

Walter Eucken-Institut: <http://www.walter-eucken-institut.de>

ANMERKUNGEN

- 1 Eine ausführlichere Darstellung dieses Netzwerks findet sich in Dieter Plehwe/Bernhard Walpen: Wissenschaftspolitische Produktionsweisen im Neoliberalismus, in: Prokla, Nr. 115/1999, S. 203-235
- 2 Karl Heinz Roth: Das Ende eines Mythos. Ludwig Erhard und der Übergang der deutschen Wirtschaft von der Annexions- zur Nachkriegsplanung (1939-1945), Teil I, 1939-1943, in: 1999 Heft 1/1998, S. 59
- 3 Ralf Ptak: Vom Ordoliberalismus zur Sozialen Marktwirtschaft. Stationen des Neoliberalismus in Deutschland, Opladen 2004, S. 134

- 4 Friedhelm Baukloh: Ludwig Erhard – Ein Porträt (I), in: Blätter für deutsche und internationale Politik 12/1965, S. 101ff.
- 5 Ralf Ptak a.a.O., S. 142
- 6 Dabei steht der starke Staat keineswegs im Widerspruch zu dem vom Neoliberalismus immer wieder geforderten schlanken Staat. Der Neoliberalismus propagiert einen anderen Staat, dem vor allem die Aufgabe zufällt, die neoliberale Ordnung des Marktes zu gewährleisten. Prototypisch kann man das nicht nur am Westdeutschland der Nachkriegsjahre, sondern auch später an Chile unter Diktator Pinochet zeigen
- 7 Susanne Ebinger: Alexander Rüstow und die Soziale Marktwirtschaft, Würzburg, 1988, S. 157
- 8 <http://www.asm-ev.de/veranstaltungen/index.htm>
- 9 Vgl. Rechnungshof Baden-Württemberg: Walter Eucken Institut e.V., Freiburg. Verwendung der Zuwendungen und sonstigen Haushalts- und Wirtschaftsführung, Az.: 1499Q01-99.22, o.O., Mai 2002
- 10 Vgl. <http://www.ludwig-erhard-stiftung.de/organisation.htm>
mitglieder
- 11 Vgl. <http://www.ludwig-erhard-stiftung.de/medaille.htm>
- 12 Vgl. <http://www.ludwig-erhard-stiftung.de/leben.htm>
- 13 Vgl. Keith Dixon: Die Evangelisten des Marktes. Die britischen Intellektuellen und der Thatcherismus, Konstanz 2000, S. 68f
- 14 Vgl. Rechnungshof Baden-Württemberg a.a.O., S. 31
- 15 Ebd. S. 27
- 16 Ebd. S. 24
- 17 Wolfgang Franz: Bericht über die Ergebnisse der Evaluierung des Walter Eucken-Instituts e.V. (WEI), o.O., 23.2.2001, S. 1
- 18 Ebd. S. 2
- 19 Ebd. S. 3
- 20 Ebd. S. 3f.
- 21 Ebd. S. 6f.
- 22 Vgl. <http://www.eucken.de/mitarbeiter.htm>
- 23 Vgl. <http://www.stiftung-marktwirtschaft.de/user/11094/publi/buergernah.pdf> gesehen am 31.7.04